



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Stärkere Einbindung von Kita-Eltern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt ein Fachgespräch mit Experten zu den Möglichkeiten einer stärkeren Einbindung von Eltern, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen. Hierbei soll auch näher darauf eingegangen werden, auf welchen Wegen eine stärkere Einbeziehung von Kita-Eltern bei Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungsvorhaben, sowie der allgemeinen Ausgestaltung im Bereich der frühkindlichen Bildung erfolgen kann und wie bayerische Kita-Eltern stärker in die Arbeit der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einbezogen werden können.

Begründung:

Damit Eltern die Interessen ihrer Kita-Kinder besser vertreten können, besteht nach Art. 14 Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) die Verpflichtung, in jeder Kindertageseinrichtung einen Elternbeirat zu bilden. Dieser dient dazu, die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und der Kita zu stärken, damit die Eltern auch direkt ihre Ideen einbringen können. In einigen Kommunen Bayerns haben sich die Elternbeiräte der einzelnen Kitas bereits zusammengeschlossen, um auch bei kommunalen Entscheidungen besser beteiligt zu werden. Beispiele sind hierfür die Gesamtelternbeiräte in München, Nürnberg und Olching.

Die Entscheidungen über die Ausgestaltung der frühkindlichen Bildung werden in Bayern jedoch nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf Landesebene getroffen. Vor allem die Ausgestaltung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, sowie der dazugehörigen Ausführungsverordnung wirken sich maßgeblich auf die frühkindliche Bildung aus. Da die Interessen der Kinder von den Eltern vertreten werden und viele der Entscheidungen auf Landesebene auch Auswirkungen auf die Eltern der betroffenen Kinder haben, ist eine stärkere Einbeziehung der Eltern in die Gesetzgebungsprozesse wünschenswert. Eine ähnliche Einbindung der Kita-Eltern in Gesetzesvorhaben erfolgt bereits in vielen Bundesländern, sowie auch auf der Bundesebene über die Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.